

# Beschlüsse Stadtrat 1. Lesung zu den Erlassen - Synopse (Stand

03.06.2024, 10.00 Uhr)

---

Aus der Stadtratssitzung vom Donnerstag, 30. Mai 2024

**Traktandum 6: Stellvertretungsregelung im Stadtrat: Gemeindeordnung der Stadt Bern vom 3. Dezember 1998 (GO; SSSB 101.1) und Reglement vom 16. Mai 2004 über die politischen Rechte (RPR; SSSB 141.1); Teilrevision (Abstimmungsbotschaft); 1. Lesung (2020.SR.000233)**

Gemeindeordnung der Stadt Bern vom 3. Dezember 1998 (GO; SSSB 101.1)

## Legende zur Synopsis:

Neu = **fett und kursiv**

Gestrichen = ~~durchgestrichen~~

Unverändert = ohne spezielle Formatierung

[unverändert] = Bestimmung bleibt unverändert

[aufgehoben] = Bestimmung wird aufgehoben

Unterstrichen = Veränderung im Vergleich zum Antrag des Gemeinderats

GO; bisher	GO; neu <i>gemäss Beschluss SR 1. Lesung</i>	Anträge
<p>Art. 5 Gleichstellung von Frau und Mann</p> <p><sup>1</sup> Die Stadt fördert, insbesondere als Arbeitgeberin, die tatsächliche Gleichstellung von Frau und Mann.</p> <p><sup>2</sup> Sie setzt sich für eine angemessene Vertretung beider Geschlechter in den städtischen Behörden ein</p>	<p><b>Beschluss SR<sup>1</sup>:</b></p> <p>Art. 5 Gleichstellung <del>von Frau und Mann</del> <b>der Geschlechter</b></p> <p><sup>1</sup> Die Stadt fördert, insbesondere als Arbeitgeberin, die tatsächliche Gleichstellung <del>von Frau und Mann</del> <b>der Geschlechter.</b></p> <p><sup>2</sup> Sie setzt sich für eine angemessene Vertretung <del>beider</del><b>der</b> Geschlechter in den städtischen Behörden ein.</p>	
<p>Art. 8 Umweltschutz</p> <p><sup>1</sup> Die Stadt trägt Sorge zu den natürlichen Lebensgrundlagen und hält die Belastung der Umwelt durch staatliche und private Tätigkeiten so gering wie möglich. Bei Gleichwertigkeit der Interessen hat die Erfüllung dieser Aufgabe Vorrang vor andern städtischen Aufgaben.</p> <p><sup>2</sup> Sie fördert den sparsamen Umgang mit Energie und Wasser sowie Bestrebungen zur Verminderung der Abfallmenge.</p> <p><sup>3</sup> Sie unterstützt die dezentrale Energieerzeugung und Energieversorgung und strebt an, umweltbelastende oder umweltgefährdende Energieträger, wie die Atomenergie,</p>	<p><b>Beschluss SR<sup>2</sup>:</b></p> <p>Art. 8 Umweltschutz</p> <p><sup>1-3</sup> [unverändert]</p> <p><sup>4</sup> Kosten aus der Belastung der Umwelt sind in der Regel nach dem Verursacher<b>nden</b>-prinzip zu tragen.</p>	

<sup>1</sup> **Begründung:** Anpassung der GO an den Sprachleitfaden «Kommunikation und Geschlecht» der Fachstelle für die Gleichstellung von Mann und Frau der Stadt Bern. Analog der entsprechenden, kürzlich erfolgten Anpassung des Geschäftsreglements des Stadtrats. Diese Änderung ermöglicht weitere Geschlechter neben Frauen und Männern zu schützen.

<sup>2</sup> **Begründung:** Anpassung der GO an den Sprachleitfaden «Kommunikation und Geschlecht» der Fachstelle für die Gleichstellung von Mann und Frau der Stadt Bern. Analog der entsprechenden, kürzlich erfolgten Anpassung des Geschäftsreglements des Stadtrats.

GO; bisher	GO; neu gemäss Beschluss SR 1. Lesung	Anträge
<p>durch einheimische und regenerierbare Energie zu ersetzen. 4 Kosten aus der Belastung der Umwelt sind in der Regel nach dem Verursacherprinzip zu tragen.</p>		
<p>Art. 41 Zusammensetzung; Wahl Der Stadtrat besteht aus 80 Mitgliedern, die nach dem Verfahren der Verhältniswahl gewählt werden.</p>	<p><b>Beschluss SR<sup>3</sup>:</b> Art. 41 Zusammensetzung; Wahl; <b>Stellvertretung</b> <sup>1</sup> Der Stadtrat besteht aus 80 Mitgliedern, die nach dem Verfahren der Verhältniswahl gewählt werden. <sup>2 (neu)</sup> <b>Das Reglement über die politischen Rechte regelt die Stellvertretung.</b></p>	
<p>Art. 42 Amtsdauer <sup>1</sup> Alle vier Jahre findet eine Gesamterneuerung des Stadtrats statt. <sup>2</sup> Die Mitglieder des Stadtrats können wiedergewählt werden. <sup>3</sup> Wer jedoch, bezogen auf das Ende des betreffenden Jahres, dem Rat ununterbrochen während zwölf Jahren oder länger angehört hat, ist für die nächstfolgende Amtsdauer nicht wählbar.</p>	<p><b>Beschluss SR<sup>4</sup>:</b> Art. 42 Amtsdauer <sup>1-3</sup> [unverändert] <sup>4 (neu)</sup> <b>Die Dauer einer Stellvertretung wird dem vertretenen Mitglied angerechnet.</b></p>	

<sup>3</sup> **Begründung:** Siehe Vortrag des Gemeinderats vom 24. Februar 2024.

<sup>4</sup> **Begründung:** Siehe Vortrag des Gemeinderats vom 24. Februar 2024.

GO; bisher	GO; neu <i>gemäss Beschluss SR 1. Lesung</i>	Anträge
<p>Art. 44 Ratssekretariat</p> <p><sup>1</sup> Dem Stadtrat steht zur Erfüllung seiner Aufgaben ein Ratssekretariat zur Verfügung.</p> <p><sup>2</sup> Der Stadtrat umschreibt die Aufgaben des Ratssekretariats im Geschäftsreglement.</p> <p><sup>3</sup> Das Ratssekretariat ist in der Erfüllung seiner Aufgaben nur dem Stadtrat verantwortlich.</p>	<p><b>Beschluss SR<sup>5</sup>:</b></p> <p>Art. 44 Ratssekretariat <b>Parlamentsdienste</b></p> <p><sup>1</sup> Dem Stadtrat <del>steht</del> <b>stehen</b> zur Erfüllung seiner Aufgaben <del>die ein Ratssekretariat</del> <b>Parlamentsdienste</b> zur Verfügung.</p> <p><sup>2</sup> Der Stadtrat umschreibt die Aufgaben <del>des Ratssekretariats</del> <b>der Parlamentsdienste</b> im Geschäftsreglement.</p> <p><sup>3</sup> <del>Das Ratssekretariat</del> <b>Die Parlamentsdienste</b> ist <b>sind</b> in der Erfüllung <del>seiner</del> <b>ih- rer</b> Aufgaben nur dem Stadtrat verantwortlich.</p>	
<p>Art. 47 Wahlen</p> <p><sup>1</sup> Der Stadtrat wählt:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a. aus seiner Mitte die Mitglieder des Präsidiums, des Büros und der eigenen Kommissionen;</li> <li>b. die Ombudsperson und ihre Vertretung;</li> <li>c. die Abgeordneten der Stadt in das Parlament eines Gemeindeverbandes;</li> </ul>	<p><b>Beschluss SR<sup>6</sup>:</b></p> <p>Art. 47 Wahlen</p> <p><sup>1</sup> Der Stadtrat wählt:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a. [unverändert];</li> <li>b. <del>die Ombudsperson und ihre Vertretung</del> <b>die Leitungen der verwaltungsunabhängigen Dienststellen;</b></li> <li>c. [unverändert];</li> <li>d. [unverändert];</li> </ul>	

<sup>5</sup> **Begründung:** Die Bezeichnung «Ratssekretariat» stammt aus der Zeit, als damit noch eine Administrativstelle innerhalb der Stadtkanzlei bezeichnet wurde. Das Ratssekretariat ist seit 2021 unabhängig und heute weit mehr als eine Administrativstelle. Die Bezeichnung Ratssekretariat erscheint dem Büro daher nicht mehr zeitgemäss. Beim Bund und Kanton Bern wird dieselbe Dienststelle «Parlamentsdienste» genannt. Der Begriff bezeichnet das Aufgabenportfolio präziser. Er ist breiter in der Bevölkerung bekannt. Er schafft mehr Identifikation für die Mitarbeitenden. Das Büro und das Ratssekretariat wünschen sich daher eine Umbenennung von «Ratssekretariat» in «Parlamentsdienste», sowie für die Leitung von «Ratssekretärin» in «Leitung Parlamentsdienste».

<sup>6</sup> **Begründung:** Das neue Finanzkontrollreglement vom 15. Februar 2024 und das neue Datenschutzreglement vom 5. Februar 2022 sieht vor, dass die Leitung der Finanzkontrolle bzw. der Fach- und Aufsichtsstelle Datenschutz durch den Stadtrat gewählt wird. Analog zu den übrigen Wahlen der Leitungen der verwaltungsunabhängigen Dienststellen (Ratssekretär\*in, Ombudsperson) soll dies in die GO aufgenommen werden. Damit der Gesetzestext schlank bleibt und flexibel ist, in Falle von geringfügigen Änderungen der Namen dieser verwaltungsunabhängigen Stellen, wird mit dem vorliegenden Antrag der Überbegriff «verwaltungsunabhängige Dienststellen» vorgeschlagen.

GO; bisher	GO; neu gemäss Beschluss SR 1. Lesung	Anträge
<p>diese üben ihr Mandat ohne verbindliche Weisungen aus;</p> <p>d. das Rechnungsprüfungsorgan;</p> <p>e. die Ratssekretärin oder den Ratssekretär.</p> <p><sup>2</sup> Der Stadtrat nimmt weitere Wahlen vor, die ihm das städtische oder das übergeordnete Recht übertragen.</p>	<p>e. <del>die Ratssekretärin oder den Ratssekretär</del> <b>[aufgehoben]</b>.</p> <p><sup>2</sup> [unverändert]</p>	
<p>Art. 49 Geschäftsreglement</p> <p>Der Stadtrat gibt sich in endgültiger Zuständigkeit ein Geschäftsreglement. Dieses regelt namentlich die Bildung von Fraktionen, das Ratsbüro, die Kommissionen, das Ratssekretariat, die Fristen für die Behandlung parlamentarischer Vorstösse durch den Gemeinderat, die Sitzungsgelder sowie die Entschädigungen</p>	<p><b>Beschluss SR<sup>7</sup>:</b></p> <p>Art. 49 Geschäftsreglement</p> <p><sup>1</sup> Der Stadtrat gibt sich in endgültiger Zuständigkeit ein Geschäftsreglement.</p> <p><sup>2</sup> Dieses regelt namentlich die Bildung von Fraktionen, das <b>Büro des Stadtrats</b> Ratsbüro, die Kommissionen, <del>das Ratssekretariat</del> <b>die Parlamentsdienste</b>, die Fristen für die Behandlung parlamentarischer Vorstösse durch den Gemeinderat, <b>die Finanz- und die Nachkreditskompetenzen sowie die Zuständigkeit für die Erstellung des Entwurfs des Jahresberichts, des Budgets und des Aufgaben- und Finanzplans der Dienststelle Stadtrat</b>, die Sitzungsgelder sowie die Entschädigungen.</p>	
<p>Art. 52 Nachkredite</p>	<p><b>Beschluss SR<sup>8</sup>:</b></p>	

<sup>7</sup> **Begründung:** vgl. Begründung zum Änderungsantrag zu Artikel 44. Zudem: Mit der neuen Formulierung sind die Finanzkompetenzen und die Zuständigkeiten im Verfahren für die Erstellung des AFP mit Budget für die Dienststelle Stadtrat explizit geklärt und festgehalten

<sup>8</sup> **Begründung:** Über die Nachkredite der Dienststellen der verwaltungsunabhängigen Dienststellen Stadtrat, Ombudsstelle und Datenaufsichtsstelle entscheidet nicht der Gemeinderat, sondern das Büro des Stadtrats sowie der Stadtrat, siehe dazu Art. 15 Abs. 6 Geschäftsreglement des Stadtrats, Art. 3 Abs. 3 Datenschutzreglement und Art. 16 Abs. 3 Ombudsreglement. Zum Zeitpunkt der Ausgliederung des Ratssekretariats und der Schaffung der Ombudsstelle und der Datenaufsichtsstelle hat man versäumt, die korrekte Darstellung in der GO

GO; bisher	GO; neu gemäss Beschluss SR 1. Lesung	Anträge
<p><sup>1</sup> Der Stadtrat beschliesst Nachkredite zu Hauptkrediten,</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a. die von ihm oder von den Stimmberechtigten beschlossen wurden;</li> <li>b. die vom Gemeinderat beschlossen wurden, falls die Nachkredite zusammen mit dem Hauptkredit einen Betrag ergeben, der die Zuständigkeit des Gemeinderats übersteigt.</li> </ul> <p><sup>2</sup> Der Stadtrat beschliesst Nachkredite von mehr als 200 000 Franken zu Globalkrediten der Dienststellen.</p>	<p><sup>1-2</sup> [unverändert]</p> <p><sup>3 (neu)</sup> <b>Über Nachkredite der verwaltungsunabhängigen Dienststellen und des Stadtrats beschliesst bis 50 000 Franken das gemäss jeweiligem Reglement zuständige Organ. Darüber hinaus gehende Nachkredite sind dem Stadtrat vorzulegen.</b></p>	
<p>Art. 54 Budget</p> <p>1 Der Stadtrat verabschiedet zuhanden der Stimmberechtigten jährlich das Budget. Dieses enthält einen Globalkredit je Dienststelle.</p> <p><sup>2</sup> Er berät den Aufgaben- und Finanzplan (AFP). Dieser enthält insbesondere:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a. die strategischen Eckwerte der Finanzplanung;</li> <li>b. die finanzielle Planung des Gemeinderats;</li> <li>c. die Planungen der Direktionen und Dienststellen;</li> <li>d. die übergeordneten Ziele je Dienststelle;</li> </ul>	<p><b>Beschluss SR<sup>9</sup>:</b></p> <p>Art. 54 Budget</p> <p><sup>1</sup> Der Stadtrat verabschiedet zuhanden der Stimmberechtigten jährlich das Budget. Dieses enthält einen Globalkredit je Dienststelle.</p> <p><sup>2</sup> Er berät den Aufgaben- und Finanzplan (AFP). Dieser enthält insbesondere:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a. die strategischen Eckwerte der Finanzplanung;</li> <li>b. die finanzielle Planung des Gemeinderats;</li> <li>c. die Planungen der Direktionen und Dienststellen;</li> <li>d. die übergeordneten Ziele je Dienststelle;</li> </ul>	

nachzutragen. Dieser Nachvollzug soll nun erfolgen. Auch für die neue verwaltungsunabhängige Finanzkontrolle soll das Finanzkontrollorgan bzw. der Stadtrat über Nachkredite entscheiden. Entsprechende Regelung wurde im Zuge der Beratung zum Finanzkontrollreglement diskutiert.

<sup>9</sup> **Begründung:** Der Gemeinderat verfügt über keine Weisungs- und damit Budgetkompetenz gegenüber den verwaltungsunabhängigen Dienststellen. Zudem soll generell nicht auf übergeordnete Ziele verzichtet werden, daher ist der Absatz zu streichen.

GO; bisher	GO; neu gemäss <i>Beschluss SR 1. Lesung</i>	Anträge
<p>e. die Planungen der Sonderrechnungen.</p> <p><sup>3</sup> Er kann die strategischen Eckwerte der Finanzplanung gemäss Absatz 2 Buchstabe a mit Beschluss ändern oder ergänzen. Die übrigen Inhalte des AFP nimmt er zur Kenntnis.</p> <p><sup>4</sup> Der Gemeinderat kann für einzelne Dienststellen auf übergeordnete Ziele verzichten, wenn er dafür über keinen oder wenig Entscheidungsspielraum verfügt.</p>	<p>e. die Planungen der Sonderrechnungen.</p> <p><sup>3</sup> [unverändert]</p> <p><sup>4</sup> <del>Der Gemeinderat kann für einzelne Dienststellen auf übergeordnete Ziele verzichten, wenn er dafür über keinen oder wenig Entscheidungsspielraum verfügt.</del></p>	
<p>Art. 83 Gemeinderat und Stadtverwaltung</p> <p><sup>1</sup> Der Stadtverwaltung angehörende Personen sind verpflichtet, der Kommission über Wahrnehmungen, die sie kraft ihres Amtes oder in Ausübung ihres Dienstes gemacht haben und die ihre dienstlichen Obliegenheiten betreffen, wahrheitsgemäss Auskunft zu erteilen und die Akten zu nennen, die den Gegenstand der Untersuchung betreffen.</p> <p><sup>2</sup> Sollen der Stadtverwaltung angehörende Personen über Tatsachen befragt werden, die der Amtsverschwiegenheit unterliegen, oder sollen derartige Akten herausgegeben werden, ist der Gemeinderat anzuhören. Verweigert er die Ermächtigung, entscheidet die Kommission.</p>	<p><b>Beschluss SR<sup>10</sup>:</b></p> <p>Art. 83 Gemeinderat und Stadtverwaltung</p> <p><sup>1-2</sup> [unverändert]</p> <p><sup>3</sup> Der Gemeinderat hat das Recht, an den Befragungen teilzunehmen und Ergänzungsfragen zu stellen. Er kann sich durch einen <del>Rechtsbeistand</del> <b>Rechtsbeistandvertretung</b> vertreten lassen.</p> <p><sup>4</sup> Der Gemeinderat oder seine <del>Rechtsbeistand</del> <b>Rechtsbeistandvertretung</b> kann Einsicht nehmen in Gutachten, Berichte und Einvernahmeprotokolle der Untersuchungskommission.</p> <p><sup>5</sup> Die Teilnahme an den Befragungen und die Akteneinsicht können dem Gemeinderat und seinem <del>Rechtsbeistand</del> <b>Rechtsbeistandvertretung</b> vorübergehend verweigert werden, wenn dies im Interesse der Untersuchung unerlässlich ist. Auf so erhobene Beweismittel kann nur</p>	

<sup>10</sup> **Begründung:** Anpassung der GO an den Sprachleitfaden «Kommunikation und Geschlecht» der Fachstelle für die Gleichstellung von Mann und Frau der Stadt Bern. Analog der entsprechenden, kürzlich erfolgten Anpassung des Geschäftsreglements des Stadtrats.

GO; bisher	GO; neu gemäss <i>Beschluss SR 1. Lesung</i>	Anträge
<p><sup>3</sup> Der Gemeinderat hat das Recht, an den Befragungen teilzunehmen und Ergänzungsfragen zu stellen. Er kann sich durch einen Rechtsbeistand vertreten lassen.</p> <p><sup>4</sup> Der Gemeinderat oder sein Rechtsbeistand kann Einsicht nehmen in Gutachten, Berichte und Einvernahmeprotokolle der Untersuchungskommission.</p> <p><sup>5</sup> Die Teilnahme an den Befragungen und die Akteneinsicht können dem Gemeinderat und seinem Rechtsbeistand vorübergehend verweigert werden, wenn dies im Interesse der Untersuchung unerlässlich ist. Auf so erhobene Beweismittel kann nur abgestellt werden, wenn der wesentliche Inhalt dem Gemeinderat eröffnet wird und er sich dazu äussern und Beweismittel nennen konnte.</p> <p><sup>6</sup> Der Gemeinderat kann sich vor der Kommission und zuhänden des Stadtrats zum Ergebnis der Untersuchung äussern.</p>	<p>abgestellt werden, wenn der wesentliche Inhalt dem Gemeinderat eröffnet wird und er sich dazu äussern und Beweismittel nennen konnte.</p> <p><sup>6</sup> [unverändert]</p>	
<p>Art. 94a Budget</p> <p><sup>1</sup> Der Gemeinderat erarbeitet den Budgetentwurf. Er bezeichnet die Dienststellen und weist diesen eine oder mehrere Produktgruppen zu.</p> <p><sup>2</sup> Er stellt sicher, dass die Leistungen in Bezug auf Menge, Qualität und Wirkung den beschlossenen Vorgaben entsprechen.</p> <p><sup>3</sup> Er setzt die dafür erforderlichen Führungsinstrumente ein und sorgt dafür, dass die</p>	<p><b>Beschluss SR<sup>11</sup>:</b></p> <p>Art. 94a Budget</p> <p><sup>1</sup> Der Gemeinderat erarbeitet den Budgetentwurf <b>für seine Dienststellen. Er nimmt darin die Budgetentwürfe der verwaltungsunabhängigen Dienststellen und der Dienststelle Stadtrat auf.</b></p>	

<sup>11</sup> **Begründung:** Der Gemeinderat verfügt über keine Weisungs- und damit Budgetkompetenz gegenüber den verwaltungsunabhängigen Dienststellen.



GO; bisher	GO; neu gemäss Beschluss SR 1. Lesung	Anträge
<p>Verwaltung die wesentlichen Daten über Leistung, Qualität und Kosten erfasst.</p>	<p><sup>1bis</sup> Er bezeichnet die Dienststellen und weist diesen eine oder mehrere Produktgruppen zu.  <sup>2</sup> Er stellt sicher, dass die Leistungen <b>seiner Dienststellen</b> in Bezug auf Menge, Qualität und Wirkung den beschlossenen Vorgaben entsprechen.  <sup>3</sup> [unverändert]</p>	
<p>Art. 95 Geschäfte der Stimmberechtigten und des Stadtrats  <sup>1</sup> Der Gemeinderat bereitet die Geschäfte der Stimmberechtigten und des Stadtrats vor und stellt Antrag. Ausgenommen sind:  a. Wahl des Ratsbüros, der Kommissionen des Stadtrats, des Ratssekretariats sowie der Ombudsperson mit ihrer Vertretung;  b. Erlass des Geschäftsreglements des Stadtrats  c. parlamentarische Initiativen.  <sup>2</sup> Dem Gemeinderat obliegt der Vollzug der Beschlüsse der Stimmberechtigten und des Stadtrats.  <sup>3</sup> ...  <sup>4</sup> Er unterbreitet dem Stadtrat insbesondere folgende Berichte:  a. die Finanzstrategie mindestens alle acht Jahre oder bei wesentlichen Änderungen</p>	<p><b>Beschluss SR<sup>12</sup>:</b>  Art. 95 Geschäfte der Stimmberechtigten und des Stadtrats  <sup>1</sup> Der Gemeinderat bereitet die Geschäfte der Stimmberechtigten und des Stadtrats vor und stellt Antrag. Ausgenommen sind:  a. Wahl des <b>Büros des Stadtrats</b> <del>Ratsbüros</del>, der Kommissionen des Stadtrats, <del>des Ratssekretariats</del> sowie <del>der Ombudsperson mit ihrer Vertretung</del>; <b>der Leitungen der verwaltungsunabhängigen Dienststellen.</b>  b. [unverändert]  c. [unverändert]  <sup>2-5</sup> [unverändert]</p>	

<sup>12</sup> **Begründung:** Siehe Begründung zu Antrag zu Artikel 47.

GO; bisher	GO; neu gemäss <i>Beschluss SR 1. Lesung</i>	Anträge
<ul style="list-style-type: none"> <li>b. die Legislaturrichtlinien</li> <li>c. den Rechenschaftsbericht über die abgelaufene Legislatur, mit Stand der Massnahmenerfüllung zur Verwirklichung der festgelegten Ziele;</li> <li>d. den Aufgaben- und Finanzplan gleichzeitig mit dem Budget;</li> <li>e. den Jahresbericht.</li> </ul> <p><sup>5</sup> Er kann dem Stadtrat weitere Berichte zur Stellungnahme unterbreiten</p>		
<p>Art. 100 Rechtsetzung</p> <p><sup>1</sup> Der Gemeinderat entwirft die Erlasse, die vom Stadtrat und von den Stimmberechtigten zu beschliessen sind. Er kann ein Vernehmlassungsverfahren durchführen.</p> <p><sup>2</sup> Der Gemeinderat regelt in Verordnungen folgende Sachgebiete:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a. Organisation der Stadtverwaltung;</li> <li>b. Erhebung von Entgelten für nicht hoheitliche Leistungen wie die Überlassung von Räumen, Material und immateriellen Gütern sowie für Dienstleistungen;</li> <li>c. Betrieb und Benützung städtischer Einrichtungen wie Heime, Krippen, Schulen und Bauten, Strassen, Erholungs-, Freizeit- und Sportanlagen, unter Vorbehalt der Gebühren;</li> <li>d. Statistik;</li> </ul>	<p><b>Beschluss SR<sup>13</sup>:</b></p> <p>Art. 100 Rechtsetzung</p> <p><sup>1</sup> [unverändert]</p> <p><sup>2</sup> Der Gemeinderat regelt in Verordnungen folgende Sachgebiete:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a. Organisation der Stadtverwaltung;</li> <li>b. Erhebung von Entgelten für nicht hoheitliche Leistungen wie die Überlassung von Räumen, Material und immateriellen Gütern sowie für Dienstleistungen;</li> <li>c. Betrieb und Benützung städtischer Einrichtungen wie Heime, <del>Krippen</del> <b>Kindertagesstätten</b>, Schulen und Bauten, Strassen, Erholungs-, Freizeit- und Sportanlagen, unter Vorbehalt der Gebühren;</li> </ul> <p><sup>3-6</sup> [unverändert]</p>	

<sup>13</sup> **Begründung:** Anpassung der GO an den Sprachleitfaden «Kommunikation und Geschlecht» der Fachstelle für die Gleichstellung von Mann und Frau der Stadt Bern. Analog der entsprechenden, kürzlich erfolgten Anpassung des Geschäftsreglements des Stadtrats. Der Begriff Krippe ist nicht mehr zeitgemäss.

GO; bisher	GO; neu gemäss Beschluss SR 1. Lesung	Anträge
<p>e. Archivwesen; f. Ausrichtung von Sitzungsgeldern und Entschädigungen an die Mitglieder vom Gemeinderat gewählter Kommissionen sowie an die Mitglieder der Stimm- und Wahlausschüsse.</p> <p><sup>3</sup> Der Gemeinderat erlässt Verordnungen zu Reglementen des Stadtrats und der Stimmberechtigten sowie zu Erlassen des übergeordneten Rechts.</p> <p><sup>4</sup> Der Gemeinderat kann seine Rechtsetzungsbefugnis auf andere Organe übertragen, wenn ihn ein Reglement dazu ermächtigt. Eine Übertragung ist ebenfalls zulässig, wenn der zu ordnende Gegenstand stark technischen Charakter hat, rasch wechselnden Verhältnissen unterworfen oder von untergeordneter Bedeutung ist.</p> <p><sup>5</sup> Muss das Recht der Stadt an übergeordnetes Recht angepasst werden und steht der Gemeinde dabei kein Regelungsspielraum offen, beschliesst der Gemeinderat die Änderung.</p> <p><sup>6</sup> Er erlässt seine Geschäftsordnung.</p>		
<p>Art. 101a Jahresbericht</p> <p><sup>1</sup> Der Gemeinderat erstellt den Jahresbericht.</p> <p><sup>2</sup> Dieser besteht aus:</p> <p>a. dem Geschäftsbericht des Gemeinderats;</p>	<p><b>Beschluss SR<sup>14</sup>:</b></p> <p>Art. 101a Jahresbericht</p> <p><sup>1</sup> Der Gemeinderat erstellt den Jahresbericht.</p> <p><sup>2</sup> Dieser besteht aus:</p>	

<sup>14</sup> **Begründung:** Der Gemeinderat verfügt über keine Weisungs- und damit Budgetkompetenz gegenüber den verwaltungsunabhängigen Dienststellen. Folglich machen diese auch ihre Berichterstattung selbständig.

GO; bisher	GO; neu gemäss Beschluss SR 1. Lesung	Anträge
<p>b. der Berichterstattung zur Entwicklung der Aufgaben und Leistungen;  c. der Jahresrechnung;  d. der Berichterstattung über die Direktionen und Dienststellen sowie der Sonderrechnungen.</p> <p><sup>3</sup> Die Jahresrechnung richtet sich nach dem Harmonisierten Rechnungslegungsmodell der Kantone und Gemeinden (HRM2).</p>	<p>a. dem Geschäftsbericht des Gemeinderats;  b. der Berichterstattung zur Entwicklung der Aufgaben und Leistungen;  c. der Jahresrechnung;  d. der Berichterstattung über <b>seine</b> die Direktionen und Dienststellen sowie der Sonderrechnungen;  e. <b>der Berichterstattung der verwaltungsunabhängigen Dienststellen.</b></p> <p><sup>3</sup> [unverändert]</p>	
<p>Art. 102 Ausgaben  <sup>1</sup> Der Gemeinderat beschliesst neue Ausgaben bis zur Höhe von 300 000 Franken. Vorbehalten bleiben abweichende Vorschriften in andern Reglementen der Stimmberechtigten.  <sup>2</sup> Unabhängig von der Höhe der Ausgaben beschliesst der Gemeinderat alle gebundenen und alle ihnen gleichgestellten Ausgaben (Artikel 141). Solche Ausgabenbeschlüsse bringt er dem Stadtrat zur Kenntnis, sofern sie als neue Ausgaben ihrer</p>	<p><b>Beschluss SR<sup>15</sup>:</b>  Art. 102 Ausgaben  <sup>1</sup> Der Gemeinderat beschliesst neue Ausgaben bis zur Höhe von 300 000 Franken. <del>Vorbehalten bleiben abweichende Vorschriften in andern Reglementen der Stimmberechtigten.</del>  <sup>2</sup> Unabhängig von der Höhe der Ausgaben beschliesst der Gemeinderat alle gebundenen und alle ihnen gleichgestellten Ausgaben (Artikel 141). Solche Ausgabenbeschlüsse bringt er dem Stadtrat zur Kenntnis, sofern sie als neue Ausgaben ihrer</p>	

<sup>15</sup> **Begründung:** Der Gemeinderat verfügt über keine Weisungs- und damit Budgetkompetenz gegenüber den verwaltungsunabhängigen Dienststellen. Über die Nachkredite der Dienststellen der verwaltungsunabhängigen Dienststellen Stadtrat, Ombudsstelle und Datenaufsichtsstelle entscheidet nicht der Gemeinderat, sondern das Büro des Stadtrats sowie der Stadtrat, siehe dazu Art. 15 Abs. 6 Geschäftsreglement des Stadtrats, Art. 3 Abs. 3 Datenschutzreglement und Art. 16 Abs. 3 Ombudsreglement. Zum Zeitpunkt der Ausgliederung des Ratssekretariats und der Schaffung der Ombudsstelle und der Datenaufsichtsstelle hat man versäumt, die korrekte Darstellung in der GO nachzutragen. Dieser Nachvollzug soll nun erfolgen. Auch für die neue verwaltungsunabhängige Finanzkontrolle soll das Finanzkontrollorgan bzw. der Stadtrat über Nachkredite entscheiden. Entsprechende Regelung wurde im Zuge der Beratung zum Finanzkontrollreglement mit dem Gemeinderat diskutiert.

GO; bisher	GO; neu gemäss Beschluss SR 1. Lesung	Anträge
<p>Höhe nach in dessen Zuständigkeit gefallen wären.</p> <p><sup>3</sup> Der Gemeinderat beschliesst:</p> <p>a. Nachkredite zu den von ihm beschlossenen Hauptkrediten, soweit die Summe aller Kredite seine Zuständigkeit nicht übersteigt (Art. 52 Abs. 1 Bst. b);</p> <p>b. Nachkredite zu Globalkrediten der Dienststellen bis zum Betrag von 200 000 Franken.</p>	<p>Höhe nach in dessen Zuständigkeit gefallen wären.</p> <p><sup>3</sup> Der Gemeinderat beschliesst:</p> <p>a. Nachkredite zu den von ihm beschlossenen Hauptkrediten, soweit die Summe aller Kredite seine Zuständigkeit nicht übersteigt (Art. 52 Abs. 1 Bst. b);</p> <p>b. Nachkredite zu Globalkrediten der Dienststellen bis zum Betrag von 200 000 Franken.</p> <p><b><sup>4 (neu)</sup> Den Absätzen 1 bis 3 vorbehalten bleiben abweichende Vorschriften in anderen Reglementen der Stimmberechtigten, dem Geschäftsreglement des Stadtrats und den Reglementen der verwaltungsunabhängigen Dienststellen.</b></p>	
<p>Art. 122</p> <p><sup>1</sup> Die Stadtkanzlei:</p> <p>a. führt Gemeindewahlen und Abstimmungen durch;</p> <p>b. wirkt bei der Rechtsetzung mit und besorgt die Veröffentlichung von Erlassen, soweit dazu nicht das Ratssekretariat des Stadtrats zuständig ist;</p> <p>c. ist Stabsstelle des Gemeinderats und Verbindungsstelle zum Ratssekretariat des Stadtrats;</p> <p>d. führt Sekretariat und Protokoll des Gemeinderats;</p> <p>e. besorgt die Archivierung;</p>	<p><b>Beschluss SR<sup>16</sup>:</b></p> <p>Art. 122</p> <p><sup>1</sup> Die Stadtkanzlei:</p> <p>a. [unverändert]</p> <p>b. wirkt bei der Rechtsetzung mit und besorgt die Veröffentlichung von Erlassen, soweit dazu nicht <del>das Ratssekretariat des Stadtrats</del> <b>die Parlamentsdienste</b> zuständig <del>ist</del> <b>sind</b>;</p> <p>c. ist Stabsstelle des Gemeinderats und Verbindungsstelle <del>zum Ratssekretariat des Stadtrats</del> <b>zu den Parlamentsdiensten</b>;</p> <p>d. [unverändert]</p>	

<sup>16</sup> **Begründung:** vgl. Begründung zum Antrag zu Artikel 44.

GO; bisher	GO; neu <i>gemäss Beschluss SR 1. Lesung</i>	Anträge
<p>f. erfüllt weitere Aufgaben, die ihr vom städtischen Recht übertragen werden.</p> <p><sup>2</sup> Die Stadtschreiberin oder der Stadtschreiber leitet die Stadtkanzlei.</p> <p><sup>3</sup> Die Stadtkanzlei ist der Stadtpräsidentin oder dem Stadtpräsidenten unterstellt.</p>	<p>e. [unverändert]</p> <p>f. [unverändert]</p> <p><sup>2-3</sup> [unverändert]</p>	
<p>Art. 135 Führung des Finanzhaushalts</p> <p><sup>1</sup> Der Finanzhaushalt ist wirtschaftlich, konjunktur- und verursachergerecht zu führen.</p> <p><sup>2</sup> Die Stadt erfüllt ihre Aufgaben nach dem Grundsatz der wirkungsorientierten Verwaltungsführung</p>	<p><b>Beschluss SR<sup>17</sup>:</b></p> <p>Art. 135 Führung des Finanzhaushalts</p> <p><sup>1</sup> Der Finanzhaushalt ist wirtschaftlich, konjunktur- und verursacher<del>er</del><b>nd</b>gerecht zu führen.</p> <p><sup>2</sup> [unverändert]</p>	

---

<sup>17</sup> **Begründung:** vgl. Begründung zum Antrag zu Artikel 44.

## Reglement über die politischen Rechte vom 16. Mai 2004 (RPR; SSSB 141.1)

### Legende zur Synopsis:

Neu = **fett und kursiv**

Gestrichen = ~~durchgestrichen~~

Unverändert = ohne spezielle Formatierung

[unverändert] = Bestimmung bleibt unverändert

[aufgehoben] = Bestimmung wird aufgehoben

Unterstrichen = Veränderung im Vergleich zum Antrag des Gemeinderats

RPR; bisher	RPR; neu gemäss <b>Beschluss SR 1. Lesung</b>	Anträge
	<p><b>Beschluss SR<sup>18</sup>:</b></p> <p><b>Art. 53a (neu) Stellvertretungen für den Stadtrat</b></p> <p><b><sup>1</sup> Die Mitglieder des Stadtrats können sich bei längerfristiger Verhinderung vertreten lassen. Stellvertretende Ratsmitglieder können sich nicht vertreten lassen.</b></p> <p><b><sup>2</sup> Eine Stellvertretung dauert jeweils mindestens drei und höchstens sechs Monate. Ein Stadtratsmitglied darf sich pro Legislaturperiode während maximal zwölf Monaten vertreten lassen.</b></p> <p><b><sup>3</sup> Die Bestimmung der Stellvertretung erfolgt nach den Grundsätzen über das Nachrücken gemäss Artikel 53 Absätze 1 und 5. Sind auf einer Liste keine Ersatzleute vorhanden oder ist ihre Zahl erschöpft, kommt das Nachmeldeverfahren</b></p>	

<sup>18</sup> **Begründung:** Siehe Vortrag des Gemeinderats vom 24. Februar 2024.

RPR; bisher	RPR; neu gemäss <i>Beschluss SR 1. Lesung</i>	Anträge
	<p><i>nach Artikel 52 Absätze 1 und 2 zur Anwendung.</i></p> <p><b><i><sup>4</sup> Rückt ein stellvertretendes Ratsmitglied während der Stellvertretung in den Stadtrat nach oder steht aus anderen Gründen nicht mehr als Stellvertretung zur Verfügung, kann für das vertretene Ratsmitglied unter Berücksichtigung der Mindestdauer von drei Monaten eine neue Vertretung bestimmt werden.</i></b></p>	
	<p><b>Beschluss SR<sup>19</sup>:</b></p> <p><b><i><sup>5</sup> Der Verzicht auf die Wahrnehmung einer Stellvertretung bedeutet nicht zugleich Verzicht auf das Nachrücken bei Ausscheiden eines Stadtratsmitglieds.</i></b></p>	
	<p><b>Beschluss SR<sup>20</sup>:</b></p> <p><b><i><sup>6</sup> Stellvertretende Ratsmitglieder verfügen über die gleichen Rechte und Pflichten wie ordentliche Ratsmitglieder. Sie können jedoch nicht in ein Gremium des Stadtrats Einsitz nehmen.</i></b></p>	

---

<sup>19</sup> **Begründung:** Es sollte möglich sein, eine Stellvertretung anzunehmen, selbst wenn zuvor bereits Stellvertretungen ausgeschlagen wurden. Gerade bei Stellvertretungen kann es sein, dass bspw. eine einjährige Dauer zu lang erscheint, aber eine folgende dreimonatig Stellvertretung möglich sein könnte. Oder es ist in einem Jahr nicht möglich, eine Stellvertretung wahrzunehmen, aber im nächsten Jahr würde es passen. Kurzum, wir finden es richtig, dass, wer einmal auf das Nachrücken im Stadtrat verzichtet hat, dann nicht noch später in der Legislatur eine Stellvertretung annehmen kann. Doch, abgesehen davon, sind das Wahrnehmen einer zeitlich begrenzten Stellvertretung und effektive Nachrücken in den Stadtrat zwei gänzlich unterschiedliche Perspektiven, die nicht künstlich miteinander verhängt werden müssen. Es ist also nicht nötig, hier den Pool möglicher Stellvertreter\*innen künstlich zu verkleinern. Siehe zudem auch Vortrag des Gemeinderats vom 24. Februar 2024.

<sup>20</sup> **Begründung:** Siehe Vortrag des Gemeinderats vom 24. Februar 2024.



<b>RPR; bisher</b>	<b>RPR; neu gemäss Beschluss SR 1. Lesung</b>	<b>Anträge</b>
	<sup>7</sup> <b>Während der Dauer der Stellvertretung ruhen die Rechte und Pflichten des vertretenen Mitglieds.</b>	

Namens des Stadtrats  
Die Präsidentin

03.06.2024

X 

---

Signiert von: VALENTINA ACHERMANN  
Die Stv. Leiterin Ratssekretariat

03.06.2024

X 

---

Signiert von: JACQUELINE MARIE-LOUISE CAPPIS